

## Statement zur Eröffnungspressekonferenz

von **Frau Professor Dr. Irena Lipowicz**, Lehrstuhlinhaberin für  
Verwaltungswissenschaften am Institut für Politische Wissenschaften der  
Juristischen Fakultät der Kardinal-Stefan-Wyszynski-Universität

-----

6. September 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

*Es gilt das gesprochene Wort*

die Krise als eine Chance? Man könnte die Frage auch anders formulieren und zwar mit einer englischen Redewendung, die lautet: to ignore the issue is to invite the crisis – auf Deutsch: wenn man ein wichtiges Thema hartnäckig ignoriert, lädt man die Krise ein. Die erste Frage lautet also: Welche Themen haben wir in Europa und in Mittel- und Osteuropa ignoriert, dass wir jetzt eine so große Wertekrise und dann – erst als Folge – eine wesentliche politische Krise „eingeladen“ haben? Zuerst allgemein zur Europa-Krise: Man behauptet zu Recht, dass Europa eine Wertegemeinschaft ist. Wenn das stimmt, müsste man genau das schon seit Jahren im europäischen Staatshaushalt sehen. Wenn man etwas für erstrebenswert und wertvoll hält, neigt man doch dazu, auch sein eigenes Geld darin zu investieren.

Die Niederlage des Verfassungsentwurfes für die EU, darunter auch die Feststellung über die christlichen Wurzeln Europas, bedeutete einen Warnschuss, der leider ignoriert wurde. Das „Integrationsgebäude“ wurde zwar immer weiter ausgebaut, die Fundamente, auf denen es aufgebaut wurde, wurden aber vernachlässigt, weil sie so solide gewirkt hatten. Die Verhinderung des Krieges, die eine Grundlage für die EU bildete, ist langsam für die heutige Generation zu abstrakt geworden. Charakteristisch ist die übermäßig hohe nichtproportionale Anzahl der wirtschaftlichen und politischen Debatten im Vergleich zu denen über die Wertehierarchie. Dies zu analysieren, würde uns helfen, die Defizite zu erkennen.

Einen ähnlichen Fehler wie die EU haben wir als **Reformer in Polen** gemacht. Der Umbau des Staates und der Wirtschaft war anstrengend und schwierig für alle Beteiligten – für einige aber noch schwieriger als für die anderen. Nach 25 Jahren, gerade nach den Jubiläumsfeiern der Rückkehr zur Demokratie waren die tüchtigen Gegner der bisherigen Reformen bereits mit ihren kritischen Thesen fertig und konnten mit einer völlig neuen Deutung der Geschichte viele Mitstreiter gewinnen. Selbstverständlich sind die Schwächen der Transformation und ihre Lasten nicht frei erfunden. Die rechtsstaatliche Idee bleibt aber für Europa wie auch für Polen überlebenswichtig.

Die Reflexion über die eigene Geschichte ist immer wertvoll. Das betrifft das ganze Europa, denn: (1) Die Krise der Demokratie – auch innerhalb der Kirche – betrifft uns alle. (2) Diese Reflexion bietet erst eine Grundlage für eine harte Arbeit, um den Selbstaufbau zu erreichen; das kann aber nicht in der nationalen oder regionalen Isolierung erreicht werden – ohne Nachbarn kann man das nicht wie z.B. die historische Erfahrung mit dem bedeutenden historischen Briefwechsel der deutschen und polnischen Bischöfe 1965, aber auch aktuelle Kontroversen der heutigen Geschichtsbelastung zeigen. Eine gemeinsame kritische Selbstreflexion ist weiterhin für alle und nicht nur für die osteuropäischen Völker Europas notwendig.

Was wurde vernachlässigt, dass die polnische Kirche eine solche Kluft in der Stellung zu der akuten Flüchtlingsfrage im Vergleich zu anderen Kirchen hat? Die heute 50/60-jährigen Priester, aber auch Vertreter jüngerer Generationen in Polen hatten relativ wenig Kontakte zum Westen Europas. Die ältere Generation hat ihre Schule noch in den kommunistischen Zeiten absolviert, wo eine Verteufelung des Westens die hoch angesehene Methode der Propaganda war. Unverzichtbar war damals auch eine besonders stark ausgeprägte antideutsche Orientierung. Bei dieser Gruppe fällt es jetzt leicht, die alten Klischees wieder zu beleben. Eine

Chance wäre es, noch intensiver in einen direkten Kontakt unter den Geistlichen aus verschiedenen Ländern zu investieren, wie es Renovabis anregt. Schon vor fast 20 Jahren war es uns dank der katholischen Akademie Berlin und der Zustimmung der beiden Bischofskonferenzen gelungen, einen Studienaufenthalt mit Programm für polnische Priesterkandidaten in Berlin zu veranstalten, wo sie die echten pastoralen Probleme des Westens (insbesondere Deutschlands) mit Hilfe der deutschen Kollegen kennenlernen konnten. Dafür, dass dieses Programm dann lang und konsequent verwirklicht wurde, möchte ich jetzt meine Dankbarkeit noch einmal aussprechen. Daraus konnte sich nach zehn Jahren eine wichtige Gruppe der jüngerer „Botschafter“ der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in beiden Kirchen herausbilden. Das war leider zu sehr begrenzt. Was man heutzutage wirklich braucht, ist durch solche breitere Programme in verschiedenen Ländern (nicht nur in Deutschland) mit den Fakten gegen die antidemokratische Propaganda und die Fake-News über westliche Kirchen entschieden aufzutreten.

Viele meinten, dass die Antwort auf die heutige Wertekrise die enge Zusammenarbeit mit einer der Kirche nahstehende Regierung wäre. Schauen wir uns das polnische Beispiel an! Es ist erstaunlich, dass bei der anfänglichen fast vollen Akzeptanz für die heutige Regierung die lange auch symbolisch sichtbar wurde, die wesentlichen Postulate der katholischen Kirche eigentlich konsequent überhört worden sind. Weder die Einschränkung der Ladenöffnungszeiten am Sonntag, noch der Vorschlag, mindestens wenige humanitäre Korridore für die Flüchtlinge zu eröffnen, wurden angenommen. Das Klima dieser Zusammenarbeit hat sich aus schwerwiegenden Gründen verändert: Ich glaube, dass die Zäsur hier die sogenannte (auch in der Überzeugung des Staatspräsidenten verfassungswidrige) Gerichtsreform war, die durch die Massenproteste nur teilweise umgesetzt wurde. Darauf haben die wichtigsten Bischöfe Polens darunter der Primas von Polen Erzbischof Wojciech Polak und der Vorsitzende der Bischofskonferenz Erzbischof Stanisław Gądecki mit scharfen Worten reagiert. Die Betonung in der letzten Rede des polnischen Primas Wojciech Polak Ende August in Częstochowa, dass man die Verfassung respektieren soll, anstatt sie umzugehen und an ihr vorbei zu handeln, hat gemeinsam mit der Feststellung, dass die Strukturen der Justiz nicht gegen Menschen und schon gar nicht gegen einzelne Personen, sondern nur im offenem, aufrichtigem Dialog geändert werden dürfen, ein großes Echo gefunden.

Wo liegt noch eine Chance unserer heutigen Europa-Krise? Es scheint vor allem nachvollziehbar zu sein, dass es legitim ist, (wenn unsere Mittel so beschränkt sind), sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Bundeskanzlerin Merkel stellte neulich einen begrüßenswerten Plan der verstärkten Hilfe für die Herkunftsländer der Migranten und Flüchtlinge vor. Wäre es nicht legitim, sich bei der Feststellung, dass die Flüchtlinge von heute überwiegend aus drei bis fünf Ländern kommen, auf die Verbesserung der Lage gerade in diesen Ländern auf eine neue Art und Weise zu konzentrieren. Es geht dabei nicht um Syrien oder Afghanistan, das übersteigt unsere Kräfte, aber drei afrikanische Länder könnten Empfänger eines neuen EU-Marshallplans sein. Dabei denke ich aber an einen Paradigmenwechsel in den nächsten Jahren, also an eine volle Konzentration auf die Entwicklungshilfe von Europa für die Herkunftsländer der Migranten, die besonders von der Klimakatastrophe und großer Armut betroffen sind. Der neu zu benennende „Marshallplan“ wäre in der Entstehungsphase so wichtig, weil der „Marshallplan“ von allen Europäern positiv assoziiert und verstanden wurde. Das wäre eine Grundlage, den Einfluss der Rechtspopulisten und der Feinde der Demokratie zu verringern. Es würde auch eine bessere Koordination mit der UNO verlangen. Dafür wäre eine neue, „im Geiste junge“ christliche Pro-Europa-Bewegung notwendig, die die Fundamente unseres Friedens vor den immer stärkeren Gegnern schützen könnte.

**Es gilt das gesprochene Wort**